Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: FB3	Az.:	Datum: 14.06.2017	Vorlage Nr. 20170132/FB3
-------------------------	------	----------------------	-----------------------------

Beratungsfolgen	TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Familie, Soziales und Sport, Schulträgerausschuss	Ö	06.06.2017	Vorberatung	
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	Ö	13.06.2017	Vorberatung	
Stadtrat	Ö	20.06.2017	Entscheidung	

BETREFF

Testamentsvollstreckung Hundt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat richtet aus der Erbschaft Hundt einen Fonds für schulische und soziale Zwecke in Höhe von 200.000 € ein, über dessen Vergabe der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss aufgrund von Einzelanträgen entscheidet. Für 2018 sollen 20.000 € bereitgestellt werden.

Bürgermeister/Dezernent:

Begründung:

Der Stadt Bad Dürkheim wurden im Testament von Hans-Eugen Hundt, Bad Dürkheim-Leistadt, 200.000 € vermacht. Als Bedingung für die Verwendung der Mittel wurde gestellt, dass diese „für soziale und schulische Zwecke“ verwendet werden.

In der Umsetzung sollte einerseits bedacht werden, dass die Gelder nur für zusätzliche Ausgaben und ausschließlich für den genannten Zweck verwendet werden. Gleichzeitig sollte die Vergabe transparent und praktikabel gestaltet werden. Die städtischen Gremien sollten beteiligt und informiert sein, ohne jeden Einzelbetrag freigeben zu müssen.

Dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss war deshalb vorgeschlagen worden, die Erbschaftsgelder über den Familienförderverein seinem Zweck zuzuführen. Die Stadt könnte dem Verein jährlich einen Betrag von 10.000 Euro für die genannten Zwecke zur Verfügung stellen. Über die Verwendung im Einzelnen ist dem Sozialausschuss in einem jährlichen Bericht Rechenschaft abzulegen.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist diesem Vorschlag nicht gefolgt, sondern schlägt dem Stadtrat vor, aus der Erbschaft Hundt einen Fonds für schulische und soziale Zwecke einzurichten, über dessen Vergabe der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss aufgrund von Einzelanträgen entscheidet. Für 2018 sollen 20.000 € bereitgestellt werden.